

Pressemitteilung des OV

Bündnis 90/Die Grünen Großenkneten

Finanzierungslücken und Klinikschließung gefährden Versorgung suchtkranker Jugendlicher

Der Ortsverband von Bündnis 90/Die Grünen zeigt sich zutiefst besorgt über die angekündigte Schließung der Dietrich-Bonhoeffer-Klinik in Ahlhorn. Die Einrichtung ist (noch) eine der wenigen spezialisierten Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche mit stoffgebundenen Süchten sowie Verhaltenssüchten wie Medienabhängigkeit. „Ihr Wegfall reißt eine erhebliche Lücke in die ohnehin schon unzureichende Versorgungslandschaft. Die Bundespolitik muss dafür sorgen, dass diese Einrichtungen ausreichend finanziert sind, ja bei den steigenden Suchterkrankungen noch ausgebaut werden“, so Eduard Hülers.

Aktuelle Daten verdeutlichen die Dringlichkeit: Rund 5–6 % der Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren haben im letzten Jahr illegale Drogen konsumiert. Während der Konsum klassischer Suchtmittel wie Alkohol und Tabak in den vergangenen Jahren insgesamt eher rückläufig oder stabil ist und auch beim Cannabiskonsum unter Jugendlichen keine deutliche Zunahme zu beobachten ist, zeigt sich gleichzeitig eine besorgniserregende Entwicklung im Bereich der Mediennutzung: Die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit riskantem Medienkonsum liegt in der gleichen Altersgruppe bei rund 25 %, etwa 5–6 % gelten als mediensuchtkrank. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass sich Suchtproblematiken bei jungen Menschen zunehmend verlagern und sowohl stoffgebundene als auch digitale Abhängigkeiten eine erhebliche Rolle in der Versorgung spielen.

Besonders kritisch ist, dass die Schließung der Klinik maßgeblich auf anhaltende Finanzierungslücken zurückzuführen ist. Die Träger standen seit Jahren unter Druck, weil die Refinanzierung auf Sucht spezialisierter Therapieplätze für Kinder und Jugendliche strukturell unzureichend ist. Komplexe Behandlungsformen, multiprofessionelle Teams und steigende Kosten wurden nicht ausreichend durch bestehende Finanzierungsmodelle abgedeckt.

„Es muss von der Bundes- und Landespolitik alle unternommen werden, um die Schließung abzuwenden. Schon die bisherige Versorgungslage zeigt eine klaffende Lücke zwischen Bedarf und therapeutischem Angebot. Die Schließung und damit der Wegfall von einem Großteil der wenigen Plätze ist nicht hinzunehmen. Finanzielle Engpässe dürfen nicht darüber entscheiden, ob junge Menschen eine Therapie bekommen“, so Eduard Hülers, Sprecher des Ortsverbands. „Es braucht ein tragfähiges und nachhaltiges Finanzierungskonzept für die auf Sucht spezialisierten stationären Kinder- und Jugendtherapieplätze, wobei man gerne die Kostenträgerschaft bei der Rentenversicherung hinterfragen kann.“

Quellen:

- Ca. 5% der Jugendlichen haben im letzten Jahr lt. DHS (Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V.) Drogen konsumiert <https://www.dhs.de/suechte/illegale-drogen/zahlen-daten-fakten>
- Rund 25% der Kinder- und Jugendlichen zwischen 10 und 17 Jahren nutzen soziale Medien riskant, rund 6% gelten als Suchterkrankt (DAK Studie https://www.dak.de/dak/unternehmen/reporte-forschung/dak-studie-mediensucht-2023-24_56536)